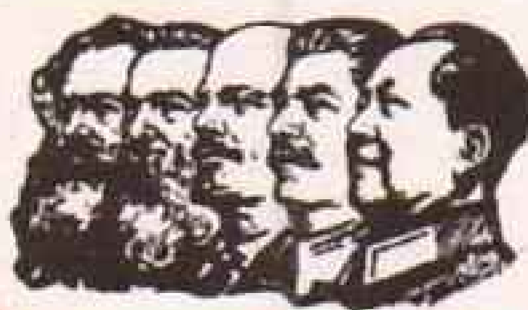
X. Parteitag der KP Chinas Seite 5

C 21246 D

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 38 vom 29. September 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Essener besetzen Bahndamm



14.9.73: 6 Menschen sterben am Bahnübergang Rahmstraße in Essen /Altenessen. Ein vorbeirasender Zug erfaßt ihren Wagen. Die Schranke ist offen. Für Bundesbahn, Stadtverwaltung und Presse heißt die Ursache: "Menschliches Versagen".

Menschen werden auf Eisenbahnschienen zerquetscht, werden als blutige Fleischklumpen abtransportiert wie bei dem Explosionsunglück im Schlachthof in Baden-Baden. Die Zahl der Krüppel und der Toten als "Opfer" der Betriebsunfälle und der Unfälle auf den Straßen wächst von Jahr zu Jahr, Nach offiziellen Angaben hat jeder Deutsche im Laufe seines Lebens mit mindestens einem Unfall zu rechnen. War früher die Pest über der Menschheit, so heute die Unfälle. Unfallopfer – der Preis für die Zivilisation. So schreiben Zeitungen, sagen bürgerliche Wissenschaftler.

Aber die Tatsache, daß der Autofahrer Franz Meier auf der Straße umkommt, daß dem Kollegen am Arbeitsplatz nebenan der Arm weggerissen wird, ist nicht ewig unabänderlich. Da hilft kein Beten und kein Beschwören des Schicksals.

Die Altenessener wissen besser, wo die wirklichen Schuldigen sitzen: Schon im Dezember 72 gab es hier 2 Tote und seit Jahren viele kleine und "Beinahe"-Unfälle. Eine vorsintflutliche Schranke und ein überlasteter Schrankenwärter machen diesen dichtbefahrenen Übergang mitten im Wohngebiet zur Todesfalle. Der Essener Stadtrat weiß das aus den zahlreichen Protesten der Bevölkerung genau Aber für Abhilfe fühlte er sich bisher nicht verantwortlich. Genausowenig wie das Verkehrsministerium und die Bundesbahn. Einer schiebt es auf den anderen. Denn wer zuständig ist, muß zahlen. Für die Sicherheit der arbeitenden Bevölkerung sind eben die Steuergroschen in diesem Staat zu schade.

20.9.73: 2000 Menschen blokkieren ab 11 Uhr vormittags den Übergang Rahmstraße. Insgesamt über 2oo Züge müssen umgeleitet werden.

Einhellig ist die Meinung: "Wir glauben keinen Versprechungen mehr. 8 Tote sind genug. Jetzt gehen wir erst, wenn vor unseren Augen die Bauarbeiten beginnen." Auch strömender Regen und gleich zweimal angedrohter Polizeieinsatz bringen die Altenessener nicht auseinander. Soviel Geschlossenheit hält die Grünen offenbar zurück. "Die warten wohl, bis wir von selbst weich werden. Aber wenn wir übermorgen noch hier stehen, dann rücken die bestimmt mit Hundertschaften an wie bei der Rote-Punkt-Aktion", meinte einer.

Bei solchen Erinnerungen wächst die Erbitterung. Und erst recht dann, als sich SPD-Oberbürgermeister Katzor, von dem die Demonstrierenden an Ort und Stelle Reschenschaft und genaue Zusagen zur Sicherung des Übergangs verlangen, den ganzen Tag nicht blikken läßt. **"Wir bleiben hart. In England haben sie auch 8 Wochen gestreikt."**

Die ganze Nacht fährt kein Zug an der Rahmstraße. Die Anwohner versorgen die Demonstranten auf den Schienen mit Brötchen und warmer Suppe. Am Morgen sind immer noch knapp 200 da, und im Laufe des Vormittags werden es immer mehr. Viele genauso entschlossen wie am Vortag. Und daran sind nicht nur die 8 Toten schuld. **Da erzählt einer von der Umschulung, einer vom letzten Streik, von der Rot-Punkt-Aktion von den zahlreichen Alltagserfahrungen mit diesem ganzen System ist die Rede, in dem die arbeitende Bevölkerung nur etwas erreicht, wenn sie zusammensteht und hart bleibt. Und wieder zu der Schienenaktion: "Jetzt müßte man am besten Barrikaden bauen wie in Nordhorn."**

Die "Bürgerinitiative" allerdings, die sich zum Sprachrohr der Bevölkerung macht, legt diese Entschlossenheit im entscheidenden Moment nicht an den Tag. Denn heute haben hier einzig und allein die D'K'P-Führer mit Krupp-Betriebsrat Walter Lill an der Spitze, die Oberhand. "Wir haben ja gar nichts dagegen, daß Polizei hier ist. Die sorgt wenigstens dafür, daß es hier nicht zu Ausschreitungen kommt." "Hoffentlich kommt der Katzor noch, damit die Leute sich beruhigen und nach Hause gehen." Das kann man heute von D'K'P-Funktionären hören, die sich gestern mit lautstarker Solidarität das Vertrauen der Bevölkerung erschlichen hatten.Katzor kam dann auch. Im D'K'P-Auto durfte er reden.

Aber "Beruhigung" gibt es nicht. Dafür Pfiffe und jede Menge Zwischenrufe. "Was hat der schon gesagt außer blabla?" Nichts – Nur daß er bei allem Beileid und gutem Willen eben keine wirkliche "Befugnis" habe. Einzige "konkrete" Zusage der Bundesbahn: Ab sofort ein Mann mehr ins Schrankenhaus. Zu den Hauptverkehrs-

Fortsetzung Seite 2

Chile :

Die Massen greifen zum Gewehr

Die Militärjunta, die nach dem blutigen Putsch in Chile an die Macht gekommen ist, um das Land der nationalen Reaktion und dem US-Imperialismus zur Ausplünderung auszuliefern, errichtet eine brutale faschistische Militärdiktatur, um dem wachsenden Widerstand des Volkes zu begegnen. Nach Aussagen des chilenischen Gewerkschaftsführers Villanine ließ sie 20 000 Gegner umbringen. In Gefängnissen, auf Schiffen, in Militärakademien, in Fußballstadien und auf den Inseln des Juan Fernandez - Archipels hat sie Konzentrationslager errichtet, in denen 70 000 Gegner der Junta zusammengepfercht, gefoltert, zu Tode gequält werden. Täglich kommt es zu standrechtlichen Erschießungen. Die Santa - Maria - Universität in Valparaiso und die Technische Universität in Santiago sind von Truppen besetzt, um dem Widerstand der Studenten vorzubeugen. Mit diesem brutalen Faschismus wollen nationale Reaktion und US - Imperialismus den Kampf des chilenischen Volkes für Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit brechen. Gegen diesen Faschismus sind Arbeiter, Bauern und andere Werktätige Chiles zum bewaffneten Kampf aufgestanden.



Schon vor dem Putsch hatten Arbeiter und Bauern in bewaffnetem Kampf ihre selbständigen Organisationen zur Regelung der Produktion und Verteilung gegen Polizei und Militär verteidigt. Sie machten damit jeden Versuch der nationalen Reaktion und des US-Imperialismus, auf "friedlichem Weg" wieder die Macht in Chile zu erlangen, unmöglich. Denn damit vereitelten sie die Absichten der revisionistischen 'K'P Chiles, die innerhalb der Volksfront auf die Entwaffnung und Auflösung dieser Organisationen hingearbeitet hat. **Dabei solidarisierten sich alle Arbeiter, auch die Anhänger der Christdemokraten, der MAPU, der Sozialistischen Partei und der 'K'P Chiles. Sie verrieten nicht ihre Klasse, sondern deren Feinde in den Parteispitzen.** Es entstand eine breite bewaffnete Kampffront der Arbeiter und Bauern gegen die Mordanschläge faschistischer Terrororganisationen, wie zum Beispiel "Vaterland und Freiheit".

Diese starke Einheit führte unmittelbar nach dem Sturz der Volksfront zum bewaffneten Kampf der Arbeiter und Bauern gegen die Junta. **In Valparaiso und Puento Alto griffen revolutionäre Kräfte Kasernen an.** Immer mehr Widerstandsgruppen organisierten sich in den Fabriken, Arbeitervierteln, Universitäten und Kooperativbetrieben auf dem Land. In der Hauptstadt Santiago vergeht kein Tag ohne bewaffnete Zusammenstöße zwischen dem Volk und Militär. **Die Arbeiter und Bauern kämpften mutig und ausdauernd. So gaben die Arbeiter der größten chilenischen Textilfabrik, "Sumar", das Werk erst auf, als es zu Trümmern geschossen war.**

Diese vereinzelten, nicht koordinierten Kämpfe treten nunmehr in ein höheres Stadium ein. **Im Süden des Landes formieren sich regelrechte Partisaneneinheiten aus Arbeitern und Bauern und gehen zum Volkskrieg gegen die faschistische Junta und den US-Imperialismus über.**

Diese Entwicklung hatte ihre Auswirkungen auf die Putschistenarmee. Teile von ihr schlossen sich den Partisaneneinheiten im Süden an. Aus Kasernen und Unteroffiziersschulen werden Meutereien gegen die Junta gemeldet.

In die bewaffneten Kämpfe der Massen gegen die faschistische Militärdiktatur greift immer mehr die junge Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles ein und führt sie auf dem korrekten Weg des Marxismus-Leninismus vielfach an. Sie ist der harte Kern, der den Volkskrieg organisieren und zum Sieg führen und den verderblichen Einfluß der revisionistischen "K"P Chiles zunichte machen kann.

Aus dem Inhalt

KOMMENTAR

UNO-Beitritt

Außenminister Scheel hat vor der UNO viel geredet von "Selbstbestimmung der Völker, Wahrung der Menschenrechte, wirtschaftlicher und sozialer Solidarität". Er hat sogar behauptet, die Aufnahme beider deutscher Staaten sei ein Erfolg der Bonner "Gewaltverzichtspolitik".

In Wirklichkeit sieht es anders aus. Gegen den wachsenden Widerstand der unterdrückten Länder, die in der Vollversammlung die Mehrheit besitzen, suchen die Supermächte einen starken Partner. Diesen haben sie in den westdeutschen Imperialisten gefunden. Deshalb setzten sie die Aufnahme der Deutschen Bundesrepublik durch.

Die UNO war niemals das, wofür die Imperialisten sie ausgeben wollten: Ein Friedensinstrument der Völker. Stalin wies darauf hin, daß man von einer solchen Organisation weder Frieden noch Freiheit erwarten darf. Hier wie überall versuchen die imperialistischen Mächte, ihre Ausbeutungs- und Unterdrükkungspolitik durchzusetzen, ihren Einfluß in der Welt zu erkaufen.

Die sozialistische Sowjetunion unter Stalin war es auch, die in Potsdam die Aufnahme Deutschlands in die UNO von einem Friedensvertrag abhängig machte. Ein Friedensvertrag aber, ist bis heute noch nicht geschlossen! Später hieß es dann: Nur beide deutsche Staaten können gemeinsam in die UNO aufgenommen werden, die "deutsche Frage" muß gelöst sein. Aufnahme beider deutscher Staaten aber hieß: Völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch Bonn.

Heute jedoch sitzt Bonn in der UNO – ohne Friedensvertrag, ohne völkerrechtliche Anerkennung der DDR, obwohl die Deutsche Bundesrepublik Millionenkredite gab für den Bau des Cabora-Bassa-Staudamms, den die UNO als "imperialistische Ausbeuterpolitik" verurteilte, obwohl sie den Boykott Rhodesiens umging, der von der UNO beschlossen wurde. Die westdeutschen Imperialisten haben weder ihre Aggressionspolitik gegenüber der DDR aufgegeben, noch ihre Ausbeuterpolitik gegenüber den neokolonialen Ländern. Im Gegenteil! Sie werden nun auch auf der Bühne der UNO versuchen, sich ein möglichst großes Stück abzuschneiden bei der Neuaufteilung der Welt.

Versucht haben sie das seit jeher! Die Deutsche Bundesrepublik war – im Gegensatz zur DDR – Mitglied der Unterausschüsse der UNO und zahlte den dritthöchsten Beitrag aller UNO-Staaten. Damit wollten sie Einfluß auf die unterdrückten Völker erkaufen. Aber daß eine aufstrebende imperialistische Großmacht sich während der Vollversammlungen mit einem Platz auf der Beobachtertribüne begnügen mußte, während ein Staat wie Luxemburg als Vollmitglied abstimmen durfte – das war schon eine arge Schlappe für die machthungrigen westdeutschen Imperialisten.

Diese Schlappe ist nun ausgemerzt, ohne daß die DBR einen Zollbreit zurückgewichen ist. Zwar versuchen die revisionistischen DDR-Führer und ihre Herren, die Sozialimperialisten, den UNO-Beitritt beider deutscher Staaten so darzustellen, als habe Bonn die DDR endgültig anerkannt. Aber damit wollen sie nur vertuschen, daß sie es waren, die die Forderung nach Anerkennung aufgaben. **Im Grundvertrag steht von einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR kein Wort; nach wie vor gibt es keinen Friedensvertrag; das Bundesverfassungsgericht hat bestätigt, daß auch die Brandt-Regierung ihre Aggression gegenüber der DDR nicht aufgab; noch immer is tder revanchistische Deutschlandvertrag in Kraft.**

Schon in seiner Antrittsrede zeigte Scheel ganz klar, daß die Bonner Revanchisten nicht daran denken, die DDR anzuerkennen: "Es ist schmerzlich, der politischen Realität der Teilung des eigenen Landes in die Augen zu sehen. Wir befürchteten, daß ein solcher Schritt den Eindruck erwecken könnte, als resignierten wir, als hätten wir die Hoffnung auf Einheit aufgegeben." Und er betonte immer wieder, "daß ein Beitritt Bonns nicht als Aufgabe des nationalen Einheitsstrebens mißdeutet wird."

Genausowenig werden die westdeutschen Imperialisten nun plötzlich zu 'Freudnen der unterdrückten Völker' werden. Mit ihrer Großmachtpolitik werden sie allerdings in der UNO auf den erbitterten Widerstand der neokolonialen Völker stoßen. Immer mehr machen die Völker Asiens, Afrikas und des Vorderen Orients die UNO zur Tribüne ihres antiimperialistischen Kampfes. Seit der Aufnahme der VR China haben die Völker in diesem Kampf eine starke Stütze. Die Aggression Israles wurde verurteilt, der Überfall Indiens auf Pakistan, das faschistische Regime in Rhodesien. Gleich auf der ersten Sitzung, noch vor Aufnahme beider deutscher Staaten, geißelte die Vertreterin Guineas die Politik der westdeutschen Imperialisten, die vor drei Jahren im Komplot tmit Portugal, Rhodeisen und Südafrika einen Putsch in Guinea anzetteln wollten.

Der Freiheitskampf der unterdrückten Völker wird nicht in der UNO entschieden. Bei ihrem Versuch, die Welt untereinander aufzuteilen, lassen sich die Supermächte nicht durch UNO-Beschlüsse aufhalten. Aber so, wie Kommunisten ein bürgerliches Parlament zur Tribüne des Klassenkampfes machen, so gelingt es den unterdrückten Völkern in zunehmendem Maß, durch die UNO die verbrecherische Politik der Supermächte und aller Imperialisten zu entlarven, und sich dagegen zusammenzuschließen. Davon werden auch die westdeutschen Imperialisten nicht verschont bleiben. "Am Ende einer Schaukelpolitik könnte die Verurteilung als imperialistische Großmacht stehen", befürchtet die SPD im 'Vorwärts'.

Betrugsmanöver Steuerreform

Aufgeschreckt durch die massiven Streiks der letzten Monate und den Schaden, den die "Tarifautonomie" (Monopol der Kapitalisten und der DGB-Führung auf die Festsetzung der Löhne) dabei genommen hat, bemüht sich die Bundesregierung nunmehr um schönes Wetter bei der Arbeiterklasse. Sie muß sich damit beeilen, weil sie befürchtet, daß bei den anstehenden Tarifverhandlungen in der Metallindustrie entweder mehr Lohn zugestanden werden muß, als Kapital und Staat lieb ist oder aber wieder Streiks ausbrechen, die dem Tarifmonopol von Kapital und DGB-Führung einen weiteren Schlag versetzen. Eines der Mittel ist die Vorankündigung und massive Propagierung der erst für den 1. Januar 1975 vorgesehenen "Steuerreform".

Auf den ersten Blick sieht und hört sich diese Reform bestechend an, weil in Presse, Funk und insbesondere im Fernsehen ihre "Schokoladenseite" hervorgehoben wird. Da wird die Erhöhung des Grundfreibetrages von 1680 auf 3000 Mark, die Vervielfachung der Freibeträge für Altersversorgung und Bausparen von 1100 (bei Verheirateten 2200) auf 5400 (bzw. 10 800) Mark und die Anhebung der Zone der gleichmäßigen Besteuerung ohne Progression (= bei 1% Lohnanstieg 2% Steuererhöhung) von 8000 auf 16 000 (bei Verheirateten von 16 000 auf 32 000 Mark) verkündet. **Die ständige Wiederholung dieser Zahlen in den Massenmedien hat den Zweck, zu verbergen, was sonst noch zu dieser Reform gehört:**

Beispiele für die Steuer-Entlastung durch die Steuerreform-Beschlüsse der Bundesregierung

BERUF	ALTER	FAMILIENSTAND	KINDER	EHEFRAU	BRUTTO-MONATS-LOHN 1976 (bei Doppelverdienern gemeinsamer Lohn)	STEUERN NACH GELTENDEM RECHT (Lohn- und Kirchensteuer, evtl. Ergänzungsabgabe; Kindergeld berücksichtigt)	STEUERN NACH DER REFORM	ENTLASTUNG DURCH DIE STEUERREFORM
					in Mark			
Facharbeiter	unter 50	verh.	zwei	nicht berufstätig	2640	362	239	123
angelernter Arbeiter	unter 50	verh.	keine	Arbeiterin	3490	714	575	139
Hauptbuchhalter	über 50	verh.	ein	nicht berufstätig	3680	680	639	41
Selbst. Handwerksmeister	über 50	verh.	keine	hilft im Betrieb	3600	607	567	40
Techn. Angestellte (Meisterin)	unter 50	ledig	ein	—	2000	354	230	124
Verkäuferin	unter 50	ledig	keine	—	1080	152	123	29
Freiberufler	unter 50	verh.	keine	nicht berufstätig	6500	1917	1686	231

DER SPIEGEL — bei Selbständigen = 1/12 des Brutto-Jahreseinkommens

So wird im Fernsehen beharrlich unterschlagen, daß zur Steuerreform auch eine Anhebung des Hebesatzes von 19 auf 22% gehört, **daß also gerade die weniger Verdienenden, die schon jetzt nicht in die Progression fallen, nach der Reform mehr Steuern bezahlen werden als bisher,** und daß die Entlastung bei den Durchschnittsverdiensten zwischen 29 und 41 Mark im Monat beträgt, während sie erst bei den Besserverdienenden beachtlich ansteigt (siehe Tabelle).

Zugleich ist geplant, schon bald nach der Steuerreform die Mehrwertsteuer anzuheben, weil, so Finanzminister Schmidt, "der Staatsbürger sie nicht so leicht bemerkt und bekrittelt". Durch diese Erhöhung der Mehrwertsteuer werden die Preise steigen und die "Steuerentlastung" der Durchschnittsverdienste zunichte machen.

Wirkliche Verbesserungen bringt die Reform nur den Kapitalisten, denn sie beseitigt die bisherige Doppelbesteuerung von Firmen (Körperschaften) und Aktionären. Die Körperschaftssteuer wird künftig auf die Einkommenssteuer auch der reichsten und mächtigsten Aktionäre angerechnet. Ihre Steuerentlastung geht in die Millionen.

Diese Steuerreform ist ein weiteres Mittel der verstärkten Ausbeutung und gleichzeitig einer der üblen Tricks des westdeutschen Imperialismus, mit dem er die Ausplünderung der Arbeiterklasse verschleiern möchte.

Pläne für die Zukunft

Ich habe eine Zeit lang bei FLOHR OTIS in Westberlin gearbeitet. FLOHR OTIS ist ein Betrieb, der Aufzüge herstellt. Mit Zweigwerken im Ausland (Italien, Frankreich, USA etc.). So bekommen wir im Westberliner Betrieb z.B. Zeichnungen und Stücklisten, die für unseren Gebrauch "autorisiert" werden (wichtig für Patente etc.). So steht dann auf den Zeichnungen und Stücklisten "VORAUTORISIERT FÜR DEUTSCHLAND"!

Dieses kleine Beispiel zeigt, wie FLOHR OTIS sich schon jetzt Vorrechte für ganz Deutschland sichern will, das die imperialistische "Wiedervereinigung" für die Kapitalisten eine klare Sache ist.

Doch sie haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht –

Unter Führung der KPD/ML werden wir, zusammen mit unseren Klassenbrüdern in der DDR das VEREINIGTE UNABHÄNGIGE UND SOZIALISTISCHE DEUTSCHLAND erkämpfen.

Anmerkung der Redaktion:

Die Imperialisten versuchen mit den verschiedensten Mitteln die Bevölkerung an ihren Alleinvertretungsanspruch zu "gewöhnen". So heißt es heute offiziell nur noch "Bundesrepublik Deutschland". Es wird so getan, als seien die Bundesrepublik und die deutsche Nation dasselbe. In Wirklichkeit gibt es aber zwei deutsche Staaten, die Deutsche Bundesrepublik und die Deutsche Demokratische Republik. Es ist also kein Durckfehler, wenn es auch bisher schon im Roten Morgen hieß: DBR (statt BRD), sondern eine Schreibweise, die den politischen Realitäten in Deutschland entspricht.

Fortsetzung von Seite 1

Essener besetzen Bahndamm



..iten. Und – "in ein paar Monaten" – eine automatische Sicherung des Übergangs für 2 Millionen. Vielleicht.

Den Altenessenern ist das viel zu wenig. Nicht so der D'K'P: Sie dankt über Lautsprecher für diesen "brauchbaren Kompromiss" und ruft genau wie Katzor zur Räumung der Schienen auf. Und weil viele Demonstranten trotzdem stehenblieben, machten sich Lill und einige Getreue eigenhändig daran, die Leute von den Schienen zu drängen. Dazu ist ihnen offenbar jedes Mittel recht. Ein weißer Kombi hielt abseits von den !Schienen. "Da gibts Tee und Brötchen", ruft Lill laut aus. Und als eine Gruppe Jugendlicher, die bisher trotz allen Drängens die Stellung gehalten hatte, dorthin läuft, atmet er auf: "Jetzt sind wir sie endlich los!"

Trotzdem dauert es noch Stunden, bis der erste Zug wieder über die Rahmstraße fahren kann. Für Bevölkerung ist die Sache damit nicht erledigt. Denn auch bei uns in Altenessen werden wie überall die Fronten des Klassenkampfes härter. Und wenn die D'K'P auch hier wie anderswo, ob bei Streiks oder Mieteraktionen, versucht, die zunehmende Erbitterung gegen dieses System leerlaufen zu lassen – diese Entwicklung können sie nicht aufhalten.

ROTER MORGEN
Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612. Postscheckkonto Essen, Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert). Tel.: 0 21 41 / 22 82 59. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlangern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Manteltarifverhandlung in Stuttgart

Nachdem am 2o. September die Schlichtungsverhandlungen für den Manteltarifvertrag für Nordwürttemberg/Nordbaden von IG Metall und Gesamtmetall abgebrochen wurden, haben am Freitag mehr als 12 000 Metaller einen halbstündigen Warnstreik durchgeführt. Bereits am Freitag zuvor hatten 35 000 Metaller im Kurzstreik gestanden.

Die Hauptforderungen der IGM sind ein Mindestgarantielohn für Akkordarbeiter in Höhe von 140% des Tariflohnes, eine Pause von 6 Minuten pro Stunde für Akkordarbeiter und Kündigungsschutz für Kollegen über 50 Jahre. Doch diese Forderungen sind nichts als Augenwischerei,wenn die Hauptforderung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht gestellt wird. Die Kölner Fordarbeiter haben dabei den Weg gewiesen. Herabsetzung der Bandgeschwindigkeiten. Solange diese Forderung nicht durchgesetzt wird, werden alle Lohnerhöhungen und Pausen durch verstärkte Arbeitshetze, durch noch höhere Bandgeschwindigkeiten wieder reingeholt werden.

Gerade diese mörderische Arbeitshetze beim Akkord aber ist es, die die Kollegen völlig fertig macht. Deshalb ist es auch die Forderung unserer Partei, überhaupt die Akkordarbeit abzuschaffen.

Tatsächlich aber sind die IGM-Führer nicht bereit zu kämpfen. Vielmehr ist es die Kampfbereitschaft der Kollegen, die die IGM-Führung gezwungen hat, auf Kurzstreiks einzugehen.
Zu sehr steckt den Gewerkschaftsbonzen die Furcht im Nacken, die Kollegen könnten wieder alleine marschieren. Und das wäre allerdings gewiß!

So ziehen die IGM-Führer es vor, sich an die Spitze des Kampfes für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu setzen, um von dort aus diese Streiks abwürgen zu können, zu versuchen, die Kampfkraft der Kollegen zu schwächen.

Bei Daimler Benz in Sindelfingen zum Beispiel hatten Vertrauensleute der IG Metall die Frühschicht und die Normalschicht zum Kurzstreik aufgerufen. Damit die Sache aber ja nicht ein zu breites Ausmaß annimmt und den Gewerkschaftsführern womöglich aus den Händen gleitet, war vorher kaum bekannt gegeben worden, warum gestreikt werden soll. In Extrablättern hatte die IGM keine präzisen Forderungen aufgestellt und keine Erläuterungen gegeben. So erfuhren Arbeiter verschiedener Abteilungen erst aus Radionachrichten vom Streik!

In einer Abteilung des Lagers hatte ein Vertrauensmann zum Streik aufgerufen. Als es dann soweit war, sahen die Kollegen, wie eben dieser V-Mann selbst weiterarbeitete. Die Kollegen fluchten und schimpften auf ihn und arbeiteten weiter.

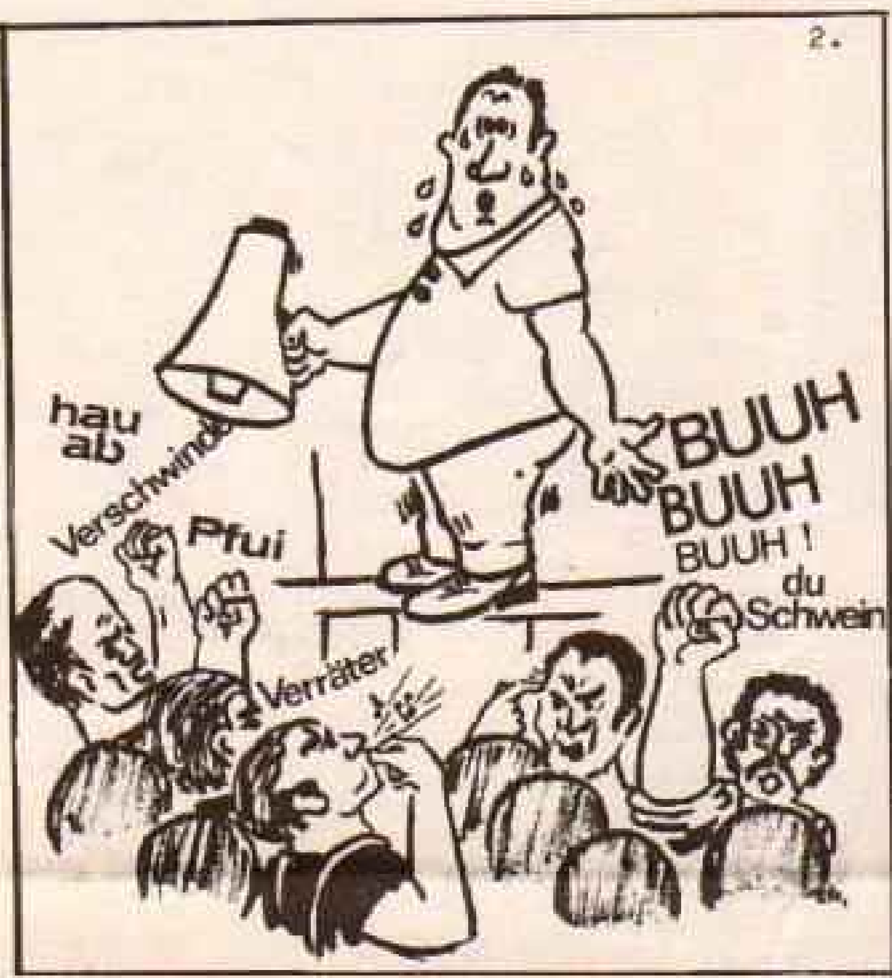
Das zeigt, daß die IGM-Führung radikal tönt, aber gleichzeitig alles daran setzt, Streiks zu verhindern.

Daß mit diesen Verhandlungen in Stuttgart noch ein weiteres bezweckt wird, hat sich ebenfalls bei Daimler erwiesen:

Der Kampf um Teuerungszulage hatte sich darauf zugespitzt, daß die vorausgezahlten 4oo DM Weihnachtsgeld von den Kollegen uneingeschränkt als Teuerungszulage bei vollem Weihnachtsgeld gefordert wurde. Die inzwischen getroffene Vereinbarung von Gesamtbetriebsrat und Geschäftsleitung über Wiederabzug der 4oo DM von einem um 25o DM erhöhten Weihnachtsgeld wurde genau in dem Augenblick bekannt gegeben (am 12.9.), als das Augenmerk auf die Schlichtung in Stuttgart gerichtet wurde.



Betriebsrats Perschkes' 'großer Auftritt'...



...vor den streikenden Kollegen von Opel-Bochum — oder: angemessener Beifall für den Schmierenkömödianten!

Solidarität

Deutsche und ausländische Kollegen!

Ihr habt in diesen Kämpfen gezeigt, daß Ihr nicht länger bereit seid, den Betrugsabschlüssen der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung ruhig zuzusehen.

Der Kampf der Arbeiterklasse muß in ihren eigenen Händen liegen. Heldenhaft habt Ihr gegen die brutalen Polizeieinsätze gekämpft. Diese Schergen des Kapitals haben zu spüren bekommen, daß Ihr Euch auch durch staatlichen Terror nicht einschüchtern laßt!

Auch IGM-Bonzen, Betriebsräte und andere Verräter haben alles getan, um Eurem Kampf ein Ende zu setzen. Bei Ford/Köln sind sie selbst in einer Gegendemonstration zusammen mit NPD-Schlägern, Polizeispitzeln usw. marschiert und haben auf den Demonstrationszug der Streikenden eingeschlagen. Und jetzt - nach der Peitsche das Zuckerbrot!

Die Gewerkschaftsführung schreit plötzlich nach "mehr Demokratie in den Gewerkschaften." Sie begibt sich zu Verhandlungen mit dem Kapital. Das sind nichts anderes als taktische Manöver, mit denen sie die Arbeiter wieder an ihre Verräter gekettet werden sollen.

Für die Arbeiterklasse aber muß weiter die Losung gelten:
Im Kampf Klasse gegen Klasse den Tariffrieden brechen!

Die ROTER MORGEN - Leserrunde in Duisburg ist entschlossen, alles zu tun, um diesen Kampf zu unterstützen. Bei der letzten Runde haben wir als Anfang dazu 60,15 DM gesammelt für die Kollegen, die im und nach dem Streik besonders vom Staatsapparat unter Druck gesetzt werden.

Mit kämpferischen Grüßen!
ROTER MORGEN - Leserrunde Duisburg

Kampf gegen Arbeitshetze

Arbeiterkorrespondenz

Am 28.8. traten bei der Fa. Gail'sche Tonwerke in Gießen 300 spanische Arbeitnehmer in den Streik. Sie forderten die Einstellung ihrer wegen "mangelnder Leistung" entlassener Kollegen und Schluß mit der Akkordhetze. Sie waren in Spanien mit falschen Versprechungen angeworben worden, bei der Firma Gail'sche Tonwerke die normale Arbeitszeit arbeiten zu können, was nachher hier von der Firma dementiert wurde. Man behauptete, es würden alle Arbeiter nur im Akkordlohn beschäftigt, das wäre so üblich und die spanischen Kollegen hätten dies sicher mißverstanden.

Der Streik erreichte zwar, daß die 3 entlassenen Kollegen wieder eingestellt wurden, aber die gestreikte Zeit mußte an einem der arbeitsfreien Samstage nachgearbeitet werden. Es wurde jedem freigestellt, zu kündigen, wer nicht im Akkord arbeiten will. Dies war Betrug, weil man genau weiß, daß die spanischen Arbeitnehmer durch Verträge an den Betrieb gebunden sind und erst nach der vereinbarten Vertragszeit (2 Jahre) ihre Stelle wechseln können. So werden die ausländischen Arbeitnehmer in Deutschland von den Fabrikbossen betrogen und ausgebeutet.



Kein Geld für Dolmetscher

Ich las den Leserbrief über den betrunkenen Funktionär von der IGBE (RM Nr. 28). Da fielen mir zwei Ereignisse ein, die genau ein Jahr zurückliegen. Damals arbeitete ich in einem Betrieb, in dem Steine und Platten hergestellt werden. Zweidrittel der Belegschaft waren Türken, Spanier und Griechen. Fast 100 % der Belegschaft waren gewerkschaftlich organisiert. Von einem Tag auf den anderen traten 7 Griechen und Türken aus der Gewerkschaft aus. Sie sahen damals keinen anderen Ausweg,um ihre Erbitterung über Bonzen zu zeigen.

Sofort kam der IG Bau-Orts-Bonze gesprungen. Er berief eine Gewerkschaftsversammlung im Betrieb während der Arbeitszeit ein. Alle gingen hin. Besonders die türkischen und spanischen Kollegen wollten es ihm zeigen. Zuerst gings um den Tarifverrat (1972 8,8%), über den alle empört waren.Ein Kollege forderte lineare Lohnerhöhungen . Ein anderer forderte, daß bei den Versammlungen ein Dolmetscher da sein muß, damit die ausländischen Kollegen sich an der Diskussion beteiligen können. Als den türkischen und spanischen Arbeitern das von Kollegen übersetzt wurde, brach ein Heidenspektakel los. Alle schrien durcheinander und unterstützten diese Forderung. **Der Bonze darauf: "Das ist doch viel zu teuer, so ein Dolmetscher!" Dann machte er den Laden dicht.**

Damals wußten wir noch nichts von einer organisierten Gewerkschaftsopposition. Aber das ist genau das richtige: Den Bonzen die Faust ins Gesicht. Eine Menge Arbeiter warten bloß darauf.

Aber es ging noch weiter.

Nach der Betriebsversammlung marschierte der Gewerkschaftsführer zum Kapitalisten, mit dem er immer die Versammlungen durchspricht. Dem erzählte er, die beiden deutschen Kollegendie auf der Versammlung gesprochen hatten, könnten nur von der KPD/ML sein. Der Kapitalist erkundigte sich beim Arbeitsamt (!). Dort wurde gesagt: Es stimmt. Darauf kam die fristgemäße Kündigung. Gleichzeitig kündigte er noch sechs Türken, was für sie Abschiebung bedeutete.

Um einen Streik zu organisieren, war die Kampfstimmung im Betrieb nicht groß genug. Aber in der Bandendnahme, da war sie da. Vor allem die ausländischen Kollegen machten mit und so arbeiteten wir 14 Tage lang so langsam wie möglich. Der Meister tat so, als merke er nichts. Aber hintenherum raunzte er: Die KPD/ML macht einen Bummelstreik und bedroht die Spanier.

Aber mit solchen Lügen war nichts drin! Oft sangen wir laut: "Halt stand, rotes Madrid!" und andere revolutionäre Lieder. Vier rote Bücher wechselten den Besitzer. In den Pausen las ein Arbeiter laut aus seinem neuen Roten Buch vor: Alle hörten zu. Es war wie in China. Zum Schluß schnitt ein deutscher Kollege aus der Bild-Zeitung ein großes Mao Tsetung-Bild aus und hängte es über seinen Arbeitsplatz. Er bestellte bei den Genossen gleich noch eins in farbig.

Neulich habe ich auf einer Demonstration gesehen, daß einer meiner früheren spanischen Kollegen mit der Jugendorganisation der PCE/ML marschierte.

Zum Verfasser des Leserbriefes: Es steht gar nicht drin, was Du mit dem besoffenen Bonzenschwein gemacht hast. Solche Leute muß man vor den Fahrgästen blamieren.



Frischfleisch von Coop

Liebe Genossen,
Ich möchte darüber berichten, wie bei Co-op Schleswig-Holstein mit verderblichen Lebensmitteln umgegangen wird.

So wird Fleisch und tiefgefrorenes Geflügel zum Teil in Wagen ohne Kühluhr ausgeliefert. Schon im Sommer vor einem Jahr bekamen die Fahrer Thermometer mit auf ihre Touren, weil die Abteilungsleitung meinte, es könnte in den Wagen zu warm sein. 40 Grad Celsius bei mehreren Stunden Fahrzeit waren durchaus nicht ungewöhnlich. Man kann sich vorstellen, daß das Wasser spätestens beim letzten Laden aus den Geflügelkartons läuft; Dann kommt das angetaute Geflügel wieder in die Tiefkühltruhe und fertig. Die Wagen fahren heute noch.

Aber auch bei Regenwetter und niedrigsten Temperaturen ist es nicht viel besser. Die Wagen sind so undicht, daß das Schmutzwasser der Straße in den Laderaum kommt und das Fleisch verschmutzt wird.

Die neueste Errungeschaft sind nun Container-LKWs. Hier wird die Ware zwar gekühlt und die Wagen sind dicht, dafür wird das Fleisch (besonders Rinderviertel) des öfteren ohne Verpackung auf die Container gelegt. Sehr appetitlich, wenn man sich vorstellt, daß mit denselben Containern auch Waschpulver, sandiges Gemüse und alle anderen Waren gefahren werden.
Wohl bekomms — mit Co-op Frischqualität!



"...von nun an gehört die Initiative der Arbeiterklasse"

In einem Leitartikel der "Humanité Rouge" vom 19.9.73 zu den Kämpfen in Lip wird die Bedeutung dieses Kampfes für die weitere Entwicklung des Klassenkampfes in Frankreich hervorgehoben. Der Kampf steht in einer Reihe mit den Kämpfen des Mai 1968. Nach dem Mai 68 hatten die Monopole in einer Zeit relativer Ruhe und mit tatkräftiger Unterstützung der reaktionären und der revisionistischen Gewerkschaft gehofft, Druck auf die Löhne der Arbeiter ausüben zu können, die Arbeitshetze zu verschärfen und Massenentlassungen vornehmen zu können. Sie sprachen von einem "neuen Stil in den sozialen Beziehungen". "Nunmehr hat die Arbeiterklasse von Lip mit einer mächtigen und respektlosen Schulterbewegung das Gebäude der Klassenzusammenarbeit ernsthaft erschüttert." schreibt Humanité Rouge. Die Zeitung fährt fort:

"Die Arbeiter von Lip kämpfen für die Aufrechterhaltung ihrer Arbeitsplätze und Errungenschaften." Es existiert ein Vertrag aus dem Jahre 1969 zwischen dem Kapital und verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen, der den Kapitalisten erlaubt, die Arbeiter nach und nach auf die Straße zu setzen. Der Führer der revisionistischen Partei Frankreichs hatte den Vertrag damals als 'sozialen Fortschritt' gepriesen. Die KPF/ML dagegen entlarvte ihn vor den Arbeitern. "Die Arbeiter von Lip haben diesen 'sozialen Fortschritt' zurückgewiesen, heißt es in dem Artikel.

Ihr entschlossener und mutiger Kampf zeigt, "daß von nun an die Initiative der Arbeiterklasse gehört, die sich nicht mehr von den 'guten Ratschlägen' der revisionistischen und reformistischen Führer einlullen läßt."

Die Arbeiter von Lip hielten sich bei diesem Kampf nicht an die bürgerliche Legalität und nicht an die "heilige Kuh" des Kapitalismus, das Privateigentum. Auch hierin knüpfen sie an die Erfahrungen des Mai 68 an. "Die Arbeiterklasse hat sich ihrer **für immer** bemächtigt, sie reifen langsam in ihrem Schoß, um in immer härteren Kampfformen, immer bewußter, immer organisierter wieder hervorzutreten und in immer offenere Opposition zu der Versöhnungspolitik der revisionistischen Führer der KPF und der CGT zu treten."

Humanité Rouge fährt fort: **"Die Arbeiter müssen sich über den politischen Charakter ihres Kampfes klar werden, ihn laut proklamieren und die Heuchelei von Séguy anprangern, der in seinem Brief vom 28.8. an die Mitglieder der CGT den Kampf von Lip begrenzen will auf das Gebiet der 'eigentlichen Forderungen', wobei er warnt vor 'einseitiger parteilicher Ausnützung' des Kampfes 'zu politischen Zwecken, die Euren Forderungen fremd sind'. ...Im Grunde fürchtet Séguy, daß die Arbeiter in ihrem Kampf ihr politisches Niveau heben und sich bewußt werden, daß seine Zentrale eine Politik der Klassenzusammenarbeit betreibt und eine Politik der Unterwerfung unter die bürgerliche Legalität propagiert."**

Der Kampf der Arbeiterklasse aber muß entwickelt werden "gegen das kapitalistische System in seiner Gesamtheit".

"Der Kampf von Lip ist schon ein Teil der reichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung unseres Landes: er kündigt bereits die strahlende Zukunft an, die unser werktätiges Volk früher oder später sehen wird."



Humanité Rouge – die Stimme der französischen Arbeiterklasse.

Besuch bei Lip

Genossen besuchten während ihres Urlaubs die Arbeiter von Lip in Besancon. Hier Auszüge aus ihrem Bericht:

"Auf der Suche nach der Fabrik Lip: Bevor wir uns versahen, standen wir vor einer Reihe bewaffneter Polizisten, das Gewehr in Anschlag, jener berüchtigten CRS - Truppe zur 'Bekämpfung innerer Unruhen'. Das gesamte Fabrikgelände dieser modernsten Uhrenfabrik Frankreichs - zusammen 1 200 Arbeiter - war besetzt. Alle paar Meter stand ein schwerbewaffneter Polizist zwischen den Sträuchern.

Die Bezeichnung der Arbeiter für diesen Betrieb: Lip - Kaserne! Die Fabrik Lip liegt gleich nebenan, in einer Turnhalle von den Arbeitern symbolisch gegründet, seitdem sie gewaltsam aus ihrer eigentlichen Fabrik vertrieben worden sind. Hier treffen sie sich jeden Morgen, um ihre Kampfmaßnahmen zu besprechen, um selbständig alles zu regeln, was ihren Unterhalt betrifft, und um vieles mehr zu tun, was uns zunächst ganz unverständlich erscheinen will.

Die Wände der riesigen Halle sind voller Wandzeitungen. Vor uns ist eine Ausstellung mit Photos der Ereignisse der letzten Woche. Rundherum Stände mit Informationsschriften, Ankündigungen von Filmveranstaltungen. Wir stutzen, könnte man vielleicht mal einen Arbeiter sprechen? Aber es sind doch alles Arbeiter und Gäste, wie wir z.T. weit hergekommen.

Wir erfahren, daß hier mehr als nur ein Informationszentrum ist, hier sind die täglichen Zusammenkünfte, hier werden die sichergestellten Uhren verkauft, hier finden sich Hunderte von Solidaritätstelegrammen, sogar eines aus Australien hängt an der Wand. Während wir lesen, füllt sich die Halle, hunderte von Arbeitern stehen in Gruppen zusammen und diskutieren. Wir sind schnell einbezogen.

Da ist ein Kollege, der den ganzen Morgen unermüdlich erzählt und ebensoviel fragt. Er gehört zu denen, die von Anfang an den Kampf mitorganisiert haben. Mitglied des Komitees für Außenkontakte. Seine Augen leuchten: "WIR SEHEN UNSEREN GRÖSSTEN ERFOLG DARIN, DASS WIR DEN ANDEREN ZEIGEN, WIE WIR ZUSAMMENSTEHEN MÜSSEN UND KÖNNEN, UNSERE WELT HIER WERDEN WIR NICHT EWIG HALTEN KÖNNEN. ABER ES IST NICHT UMSONST GEWESEN."

Solidarität aus dem ganzen Land. Die Leute, die ihre Uhren kaufen, kommen in Scharen. Nicht, weil die Uhren billiger sind. Vor allem, um die Arbeiter zu unterstützen. Sie lassen sich auch von der Polizei nicht an ihrem Weg hindern.

Wie soll es weitergehen? Kaum jemand macht sich Illusionen. Die erkämpfte Selbstverwaltung und Produktion ohne Chef wird nicht zu halten sein. Aber kampflos werden sie keines ihrer Rechte preisgeben. Der größte Erfolg von Lip ist das Überspringen des Funkens auf andere Betriebe und das Zusammenschweißen aller Arbeiter in ganz Frankreich. Ja, sogar mit den kämpfenden Bauern in LARZAC gibt es schon eine gemeinsame Front..

Die meisten Arbeiter sind da angesichts ihrer bisherigen Erfahrungen mit dem Experiment anderer Meinung. Ihnen allen wird der weitere Kampf helfen, die Lügen der Revisionisten weiter zu durchschauen. Wir versprachen diesen mutigen Kollegen beim herzlichen Abschied, alles zu tun, um ihr Beispiel in Deutschland bekanntzumachen.

Séguy, der Führer der revisionistischen CGT beruhigt die Kapitalisten, man brauche sich nicht zu ängstigen wegen der wagemutigen Aktionen bei Lip. Der militante Flügel habe nicht die Oberhand. Überhaupt zeige Lip, daß man Formen des Kampfes entwickeln könne, mit denen das kapitalistische System friedlich beseitigt werden könne.

Fortsetzung von Seite 1

Chile

Die Massen greifen zum Gewehr

Schon vor dem Putsch hatten Arbeiter und Bauern in bewaffnetem Kampf ihre selbständigen Organisationen zur Regelung der Produktion und Verteilung gegen Polizei und Militär verteidigt. Sie machten damit jeden Versuch der nationalen Reaktion und des US-Imperialismus, auf "friedlichem Weg" wieder die Macht in Chile zu erlangen, unmöglich.

Denn damit vereitelten sie die Absichten der revisionistischen 'KP' Chiles, die innerhalb der Volksfront auf die Entwaffnung und Auflösung dieser Organisationen hingearbeitet hatte. **Dabei solidarisierten sich alle Arbeiter, auch die Anhänger der Christdemokraten, der MAPU, der Sozialistischen Partei und der 'KP' Chiles. Sie verrieten nicht ihre Klasse, sondern deren Feinde in den Parteispitzen.** Es entstand eine breite, bewaffnete Kampffront der Arbeiter und Bauern gegen die Mordanschläge faschistischer Terrororganisationen, wie z.B. 'Vaterland und Freiheit'.

Diese starke Einheit führte unmittelbar nach dem Sturz der Volksfront zum bewaffneten Kampf der Arbeiter und Bauern gegen die Junta. **In Valparaiso und Punto Alto griffen revolutionäre Kräfte Kasernen an.** Immer mehr Widerstandsgruppen organisierten sich in den Fabriken, Arbeitervierteln, den Universitäten und Kooperativbetrieben auf dem Land. In der Hauptstadt Santiago vergeht kein Tag ohne bewaffnete Zusammenstöße zwischen dem Volk und dem Militär.

Die Arbeiter und Bauern bekämpften mutig und ausdauernd die Reaktion. So gaben die Arbeiter der größten chilenischen Textilfabrik 'Sumar' das Werk erst auf, als es zu Trümmern geschossen war.

Diese Entwicklung hatte ihre Auswirkung auf die Putschistenarmee. Teile von ihr schlossen sich den Partisaneneinheiten im Süden an. Aus Kasernen und Unteroffiziersschulen werden Meutereien gegen die Junta gemeldet.

In die bewaffneten Kämpfe der Massen gegen die faschistischen Militärdiktatoren greift immer mehr die junge revolutionäre Kommunistische Partei Chiles ein und führt sie auf dem korrekten Weg des Marxismus - Leninismus vielfach an. Sie ist der harte Kern, der den Volkskrieg organisieren und zum Sieg führen und den verderblichen Einfluß der revisionistischen 'KP' Chiles zunichtemachen kann.

Revisionistisches

Die Diener ihres Herrn

Am 31. August 1973 fand in Oldenburg eine Veranstaltung des Arbeitskreises des Jugendamtes statt. Mitglieder des D'K'P legten hier ihre Vorstellungen von antiimperialistischen Kampf dar. Sie propagierten hier auch die Parole: Freiheit für alle politischen Gefangenen.

Genossen fragten, warum sie sich dann hier in Deutschland nicht für diese Parole einsetzten.

Die Antwort: "Mit Kriminellen üben wir keine Solidarität. Wer meint, sich ein Gewehr umhängen zu müssen und so den Klassenkampf ausfechten will, den bezeichnen wir nicht als Genossen.

Wer die Gewalt dieses Staates herausfordert, der darf sich nicht wundern, wenn er sie zu spüren bekommt."
(1. Vorsitzender der D'K'P Oldenburg)

Schläger-Argumente

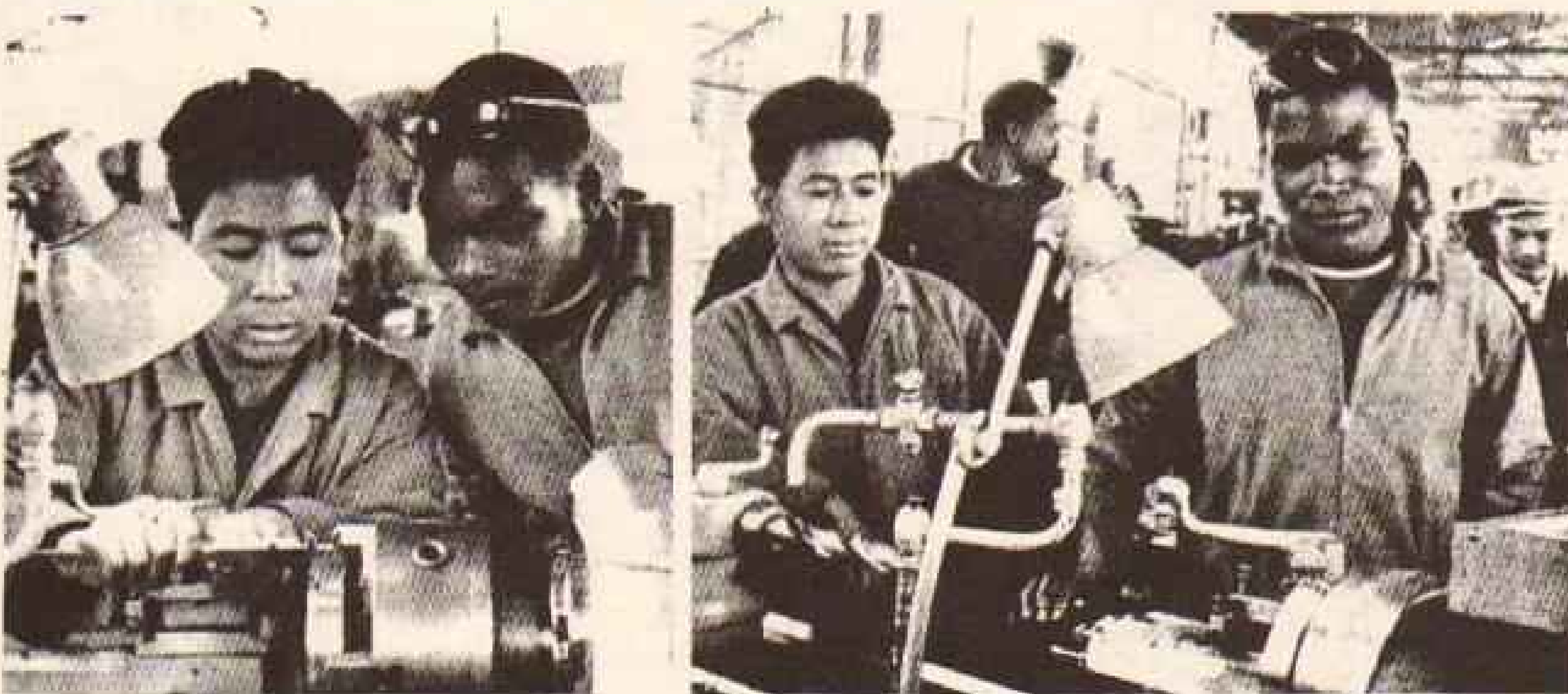
Eigentlich habe ich es nie so richtig wahrhaben wollen, jetzt ist es mir allerdings sehr klar geworden – als ich am 12.9., es war ein Mittwoch, zur Arbeit fahren wollte, stand da vor dem Bahnhof ein Flugblattverteiler. Er hielt mir ein Flugblatt entgegen. Darauf fragte ich ihn, ob es von den Revisionisten (ich dachte dabei an die D'K'P) ist. Er kam mir gleich näher und betonte erbost, daß sie zu zweit sind und ob ich gleich eins in die "Fresse" haben wolle. Ich fragte ihn gleich, was das soll. Er sollte mir nur sagen, von wem das Flugblatt sei. Er drehte es daraufhin um, ich sah D'K'P und sagte: "Also doch von den Revis."

Darauf erhielt ich einen Schlag in den Magen und ins Gesicht. Mit dieser Reaktion hatte ich natürlich nicht gerechnet. Außerdem hätte ich den "kürzeren gezogen", so nutzte ich die Aggression gegen mich anders aus und zwar mit den Leuten, die den Vorfall genau beobachtet hatten und teilweise wirklich empört waren.

Ich schrie den Revis entgegen, ob sie das politische Agitation nennen und hörte Stimmen aus der Bevölkerung, wie "So wollen die ihre Blätter verteilen", "Mit Argumenten können die wohl nicht überzeugen", "Die Faust, das einzige Argument", "Das wollen Kommunisten sein."

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Lernen wir vom X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas



Gemeinsam bauen sie eine neue Welt

Nieder mit dem Komplott der Supermächte! Es lebe der proletarische Internationalismus!

"Die gegenwärtige internationale Lage ist durch großen Aufruhr in der ganzen Welt gekennzeichnet ... Ein solcher Aufruhr ist etwas Gutes, keineswegs schlecht für die Völker. Er bringt die Feinde in Verwirrung und differenziert sie, er weckt und stählt die Völker und gibt Impulse dafür, daß sich die internationale Lage weiter zugunsten der Völker und zu ungunsten der Imperialismus, des modernen Revisionismus und der Reaktionäre aller Länder entwickelt."

Mit diesen Worten charakterisierte Genosse Tschou En-Lai vor dem X. Parteitag die Lage in der Welt. Bei den Widersprüchen, die die Weltlage bestimmen, ist heute nicht die Übermacht des Imperialismus die Hauptseite, sondern der Wille der Völker, ihre Freiheit zu erkämpfen, ihr Streben nach nationaler Unabhängigkeit und Sozialismus.

Noch sind die Feinde stark. Aber die Widersprüche in der Welt entwickeln sich weiter. Der IX. Parteitag 1969 betonte vor allem die Notwendigkeit des Kampfes gegen den US-Imperialismus als Hauptfeind der Völker. In den letzten vier Jahren hat sich die Lage in der Welt geändert. Die sowjetischen Sozialimperialisten traten immer mehr in Konkurrenz mit den US-Imperialisten um die Aufteilung der Welt. Der US-Imperialismus ist auf dem Rückzug. Der Sozialimperialismus dagegen strebt nach vorwärts, versucht, sich in den unterdrückten Ländern festzusetzen, sie auszubeuten und die Einkreisung der VR China voranzutreiben. Militärisch, politisch und ideologisch bereitet er einen Angriff auf die Volksrepublik vor.

Heute ist dieser Konkurrenzkampf hauptsächlich durch die Kollaboration der beiden Supermächte bestimmt. Vereint im Komplott gegen die Freiheitskämpfer in aller Welt, gegen die Revolution, arbeiten sie zusammen, teilen sich untereinander die Welt in Einflußsphären', um dort ihre Herrschaft auszubauen und zu festigen. Während z.B. die US-Imperialisten Lateinamerika unter ihre Ausbeuterherrschaft bringen wollen, verstärken die Sozialimperialisten ihre imperialistische Politik in Indien. Bangla Desh, der Mongolischen Volksrepublik. Der vom US-Imperialismus unterstützte Putsch in Chile ist ein Beispiel für das Komplott der Supermächte.(S.RM 37)

Aber der X. Parteitag wies auch darauf hin, daß diese Kollaboration nur vorübergehend sein kann, daß die Supermächte um die Weltherrschaft kämpfen. "**Einerseits rivalisieren sie miteinander, andererseits machen sie gemeinsame Sache. Sie machen gemeinsame Sache, um in noch stärkerem Maße zu rivalisieren. Die Rivalität ist absolut und langdauernd, während die Kollaboration relativ und vorübergehend ist.** Aus der Proklamierung eines Europajahres und der Einberufung der Europäischen Sicherheitskonferenz ist ersichtlich, daß der strategische Schwerpunkt ihres Ringens in Europa liegt. Der Westen ist stets darauf bedacht, den Sowjetrevisionismus, diesen Unruhestifter, nach Osten zu treiben und nach China abzuleiten. Schön wäre es nur, wenn im Westen nichts Neues ist. China ist ein schmackhaftes Stück Fleisch, das jedermann gern verspeisen möchte. Doch dieses Fleisch ist so hart, daß seit vielen Jahren noch niemand anbeißen möchte." (Tschou En-Lai) Der X. Parteitag hat die Notwendigkeit des Kampfes gegen die beiden Supermächte betont und im Statut verankert. Er hat die VR China ausgerichtet auf einen möglichen Angriffkrieg der imperialistischen Großmächte: "Gegenwärtig müssen wir insbesondere gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte USA und Sowjetunion ankämpfen. Wir müssen alle Vorbereitungen gegen einen Aggressionskreig und einen Überraschungsangriff von Seiten des Imperialismus und Sozialimperialismus gegenüber auf der Hut sein." (Wang Hung-wen)

Sich auf die eigene Kraft stützend, die Widersprüche zwischen den Supermächten nützend – so treiben die Völker der Welt ihren gerechten Kampf voran: "Der Kampf der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zur Erringung und Wahrung der nationalen Unabhängigkeit sowie zum Schutz der staatlichen Souveränität und der nationalen Ressourcen entwickelt sich in die Tiefe und Breite. Die Völker der dritten Welt und die Völker Europas, Nordamerikas und Ozeaniens unterstützen und ermutigen einander in ihrem gerechten Kampf." (Tschou En-Lai)

Die VR China hat immer bewiesen, daß sie im Kampf der unterdrückten Völker ein treuer Freund, ein großer Lehrer und ein wirklicher Helfer ist. Ihre Politik wird geleitet von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz. In ihrer Außenpolitik, mit der Unterstützung der Freiheitsbewegungen in aller Welt, durch ihre selbstlose wirtschaftlichen Hilfe, vor der UNO – überall trat die VR China auf als Verfechter des antiimperialistischen Kampfes der Völker. Ausdrücklich hat sich auch der X. Parteitag gegen jedes Großmachtstreben, für Proletarischen Internationalismus ausgesprochen: "In dem Abänderungsentwurf (des Statuts, d. Red.) wurde außerdem die Formulierung 'Auftreten gegen den Großmachtchauvinismus' aufgenommen. Wir stehen immer mit den Völkern der ganzen Welt zusammen, bekämpfen den Imperialismus, den modernen Revisionismus und die Reaktionäre aller Länder" (Wang Hung-wen)

"Deshalb muß unsere Partei international am proletarischen Internationalismus festhalten, auf einer konsequenten Politik der Partei beharren, die Einheit mit dem Proletariat, den unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen der ganzen Welt festigen, die Solidarität mit allen jenen Ländern, die der Aggression, Subversion, Intervention ,Kontrolle und Schikane seitens des Imperialismus ausgesetzt sind, verstärken und die breiteste Einheitsfront bilden, um den Imperialismus, den Sozialimperialismus, neuen und alten Kolonialismus, insbesondere die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte, der USA und der Sowjetunion, zu bekämpfen. Wir müssen uns mit allen wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen der Welt vereinigen und den Kampf gegen den Modernen Revisionismus zu Ende führen." (Tschou En-Lai)

Isländischer Fischer stirbt durch britischen Angriff

Vom 21. bis 28.9. trafen sich in Kiel Schiffe des NATO-Flottenverbandes Stanavforlant. "Solidarität und Einigkeit" ist das Motto dieses Treffens. Gegen wen sich diese Solidarität und Einigkeit richtet, beschreibt ein Kieler Forscher in einem Leserbrief an die Kieler Nachrichten vom 7.9.73. In diesem Brief heißt es:

[redacted] Dreimal an jedem Tag meiner kürzlichen Forschungsreise wurde unser Schiff von einem britischen NATO-Aufklärungsflugzeug im Tiefflug überflogen. Dazu sei bemerkt, daß wir an der internationalen meereskundlichen Overflow '73 Expedition teilnahmen, die von britischer Seite mit den drei Forschungsschiffen „Challenger", „Shackleton" und „Explorer" beschickt worden war.

Am 22. 8. trafen wir vor SO-Island auf eine britische Trawlerflotte, die innerhalb der von Island beanspruchten 50-sm-Fischereigrenze fischte. In Sichtweite lagen zum Schutz der Flotte eine britische Fregatte sowie ein Versorgungsschiff der britischen Marine. Die Verbindung Aufklärungsflugzeug — Flotte gestaltet sich in der Art, daß vom Flugzeug die Positionen „verdächtiger", sprich isländischer, Küstenwachschiffe rund um den NATO-Inselstaat Island an die Bewacher der fischenden Flotte durchgegeben wird.

Am 31. 8. hören wir über den isländischen Rundfunk, daß der Kabeljaukrieg sein erstes Todesopfer gefordert hat. Dazu muß man sich folgende Situation vorstellen: Sobald eine britische Fregatte ein isländisches Küstenwachschiff gesichtet hat, beginnt ein zähes Verfolgungsmanöver. Dessen Ziel liegt britischerseits darin, das kleinere und langsamere Patrouillenboot (ca. 3000 t : 800 t) zu rammen! Diesen Rammanövern auszuweichen fordert ein hohes Maß an Geschicklichkeit und Durchstehvermögen, zumal sich diese Aktionen über mehrere Stunden hinziehen. Im Falle des isländischen Wachbootes „Aegir" war das britische Mannöver „erfolgreich": Man hatte in den Schiffsrumpf ein Leck gerissen, ein Besatzungsmitglied starb an den Folgen des Wassereinbruches!

Kurz vor meiner Abreise aus Island konnte ich am 6. 9. südöstlich von Island ein derartiges Manöver mit eigenen Augen verfolgen: Etwa eine Seemeile von uns entfernt jagte eine britische Fregatte ein isländisches Küstenwachschiff. Es war ein gefährliches „Katz- und Mausspiel"! Das Kriegsschiff lief aufgrund seiner höheren Geschwindigkeit am isländischen Schiff vorbei und versuchte, kurz vor Beendigung des Überholmanövers durch Schneiden der Kurslinie, das kleine Küstenwachschiff zu rammen. Dieser Vorgang wiederholte sich vor unseren Augen mehrere Male.

In gleicher Weise wird diese Jagd täglich auf mehreren Fanggründen rund um den NATO-Staat Island von britischen Fregatten und Hochseeschleppern praktiziert. Noch ein Vergleich zum Schluß: Das Verhältnis der Gesamttonnagen der jeweiligen Bewachungsschiffe ist ca. 30 000 t (GB) : 3000 t (I). Kann man da noch von einer Demonstration der „Solidarität und Einigkeit der NATO" sprechen? Ich habe große Zweifel!

Manfred Stein, Kiel



US-Werbung in Kambodscha

Mit einem Poster, auf dem offensichtlich eine Prostituierte einem Jungen in Zivil eine eindeutige Abfuhr erteilt (Text: „Ich mag dich nicht; ich mache nur Liebe mit Soldaten"), wirbt die kambodschanische Armee um Nachwuchs. Die Plakate, die in den Straßen der von den Roten Khmer umlagerten Hauptstadt Pnom Penh hängen, wurden von US-Kriegspsychologen entworfen.

Waisen an's Gewehr



20 Mark Monatssold zahlt die Armee an 15jährige, die jüngeren geben sich vor Hunger mit noch weniger Geld zufrieden.

'KPD' -Führer versuchen, Kampf gegen US-Imperialismus zu spalten

Das strikte Festhalten am Proletarischen Internationalismus ist für die Kommunistische Partei eine ernsthafte Verpflichtung. Die KPD/ML hält bei der Erfüllung ihrer internationalistischen Aufgaben am Marxismus - Leninismus und an den Mao Tsetung - Ideen fest.

Mao Tsetung hat festgestellt, daß die Haupttendenz in der Welt heute die Revolution ist, daß der Hauptwiderspruch in der Welt heute der zwischen den unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen einerseits und den beiden Supermächten andererseits besteht.

Auf dieser Grundlage unterstützt unsere Partei die Befreiungsbewegungen und den Kampf der unterjochten Nationen gegen die konterrevolutionäre Allianz des US- und Sozialimperialismus.

Die sogenannte 'KPD' hingegen betreibt nach wie vor eine falsche und gefährliche Politik gegenüber den gegen den Imperialismus kämpfenden Nationen der 'dritten Welt'. Entgegen der Politik der Marxisten - Leninisten der ganzen Welt zählen die 'KPD' - Führer in zahlreichen Artikeln der 'Roten Fahne' Länder wie Ägypten, Lybien, Tansania und andere zur Reaktion. Diese Länder aber leisten wichtige Beiträge besonders im Kampf gegen die Hegemoniepolitik der beiden Supermächte. Deshalb unterstützen die Kommunisten diese Kämpfe und bestärken diese Länder in ihrem Zusammenschluß gegen die Supermächte, denn dieser Kampf nützt der Weltrevolution.

Im Zusammenhang mit dem US-Putsch in Chile haben die "KPD"-Führer wiederum bewiesen, daß sie die Front gegen den US-Imperialismus spalten.

Wie nehmen die Marxisten;Leninisten Stellung zum Putsch in Chile, zum Sturz der Regierung Allende?

Ausgehend davon, daß jede politische Kraft, jedes Land, das sich gegen den Imperialismus, gegen das Komplott der Supermächte richtet, von den Kommunisten unterstützt wird, um den Feind zu schwächen, haben sowohl die Volksrepublik China, als auch die Volksrepublik Albanien sehr wohl die antiimperialistische Politik der Regierung Allende unterstützt. Auch unsere Partei hat entsprechend Stellung bezogen und verteidigt auch jetzt die Regierung Allende gegen den US-Putsch.

Anders die "KPD". In einem Flugblatt des "K"SV Bochum heißt es offen: "Die Allenderegierung war nur eine Schachfigur, mit deren Hilfe die chilenische Kapitalistenklasse und die ausländischen Imperialisten Zug um Zug ihre ausbeuterischen Interessen am chilenischen Volk durchsetzten."

Ja, warum denn dann überhaupt der Militärputsch, wenn die Volksfrontregierung allemal "nur Schachfigur" in den Händen der US-Imperialisten war?

Was die "KPD"-Führer sowohl in dem Flugblatt als auch in der "Roten Fahne" bewußt durcheinanderwerfen, ist einerseits die gemeinsame Front von nationaler Bourgeoisie und Proletariat sowie allen Werktätigen gegen den US-Imperialismus und andererseits der Kampf zwischen Bourgeoisie und dem Proletariat, das in Chile zur sozialistischen Revolution drängt.

Hier aber der Allende-Regierung jede Fortschrittlichkeit, jeden Kampf gegen den US-Imperialismus abzusprechen, heißt eben die antiimperialistische Front spalten. Heißt für die Situation in Chile ganz klar: die Hauptfront gegen den US-Imperialismus zu schwächen!

Diese Methode, das Fortschrittliche zu verteufeln, weil es nicht hundertprozentig ist – und somit die Front gegen den Feind zu schwächen – das ist die Methode des Trotzkismus!

Offen weisen sie es zurück, daß die kleinen und mittleren Länder sich gegen die beiden Supermächte zusammenschließen müssen – und daß dieser Zusammenschluß in der Tat den Imperialismus schwächt.(RF 13/73) Am Beispiel Chile verteidigen sie somit keineswegs die Regierung Allende, deren Politik sich zweifellos gegen den US-Imperialismus richtete, sondern greifen eben diese Volksfront als 'Schachfigur des US-Imperialismus' an! Genau das dient der konterrevolutionären Allianz der beiden Supermächte, schwächt sie keineswegs. Ihr Trick dabei ist eben der, daß sie die Volksfrontregierung einseitig beurteilen in Bezug auf die Klassen - Auseinandersetzungen im Lande.

In der 'Roten Fahne' Nr.38 lassen sie sich daher dazu hinreissen, die üblen Machenschaften des US - Imperialismus im Zusammenhang mit dem Putsch versöhnlerisch darzulegen: "Das State Departement des amerikanischen Aussenministeriums war vom Putsch der chilenischen Militärs INFORMIERT worden." (Hervorhebungen von uns.) Und: "Man muß kein Hellseher sein, um zu wissen, wer den Militärputsch in Chile MIT vorbereitet und durchgeführt hat." Man muß kein Hellseher sein, um zu wissen, wem diese Politik der "KPD"-Führer dient!

Die alten Lieder klingen

Wir haben im Roten Morgen bereits darüber berichtet, wie die D'K'P-Revisionisten am Mahnmal Stuckenbrock aufrechte Marxisten-Leninisten vom Gelände vertreiben.

Eine Genossin unterhielt sich dabei mit zwei Frauen. Sie waren früher in der KPD, sind heute in der D'K'P. Sie konnten das Vorgehen ihrer Führer einfach nicht verstehen. "Wer seid ihr denn eigentlich?", fragten sie. "In der Roten Garde." Da sagte die eine: "Oh, Rote Garde, das ist gut. Kennst Du auch das Lied der Roten Garde?" Ja, natürlich kannte ich das. "Kennst Du auch die anderen alten Lieder?" Und da haben isch die beiden sehr gefreut, daß ich die Lieder nicht nur kannte, sondern auch singen konnte und daß wir die Lieder bei uns in einer Singgruppe einstudieren, Eine der beiden ging gleich zu ihrem Mann und erzählte ihm, daß es noch Leute gibt, die die alten Lieder singen.

Ihr Mann war zunächst skeptisch, denn vorher hatte ihm ein junger D'K'P-ist erzählt, wir wollten das gleiche, wie die NPD. Nach unserem Gespräch aber haben sie das Extrablatt zum Antikriegstag genommen und einen Roten Morgen gekauft. Der Mann will den Vorfall in der nächsten Parteisitzung vorbringen und die Frau sagte: "Ich schreibe eine Kritik an die UZ.

Die beiden werden dabei erfahren müssen, was schon 'zig andre vor ihnen erlebten: Die D'K'P ist mit Kritiken nicht mehr auf den richtigen Weg zu bringen, sie hat nicht nur die revolutionären Lieder in der Versenkung verschwinden lassen, sondern den Kampf und die Ziele der KPD Thälmanns vollständig verraten. **Der Platz der revolutionären alten Genossen ist heute in der KPD/ML.**

Die drei Leute kamen aus Wanne-Eickel im Ruhrgebiet. Als sie dann mit dem Bus wegfuhren und unser Transparent: Krieg dem imperialistischen Krieg gelesen haben, haben sie noch die Faust geballt.

Roter Antikriegstag schreckt IGM-Bonzen



Die von den D'K'P-Schlägern zerstörte Kranzschleife

Die Anker - Jugendgruppe, die seit einem Jahr regelmäßig tagt, beteiligte sich an einer Gedenkfeier in Stuckenbrock. Kollegen der Gruppe sahen dort, wie D"K"P - Schläger Kränze der KPD/ML und der ROTEN GARDE zerrissen und auf den Gräbern herumtrampelten. Sie schrieben einen Brief an die 'Neue Westfälische Rundschau'(s. RM 36). Sie haben geschrieben, was sie gesehen haben, aber das nimmt die IGM - Ortsverwaltung zum Anlaß, gegen die Gruppe vorzugehen. Sie behauptete in einer Gegendarstellung, eine solche Gruppe gäbe es nicht, sperrte ihr zugleich den Tagungsraum im DGB-Haus. Gegen zwei ehemalige JVs und einen Lagerarbeiter ist in dem Zusammenhang ein Ausschlußantrag aus der IGM gestellt worden. Der Jugendgruppe wirft man 'linksradikale Tendenzen' vor.

" Thälmann ist niemals gefallen ... "



Am 18.8.73, dem 29. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns durch die Hitlerfaschisten, marschierte eine Delegation der KPD/ML und der Roten Garde Westberlin zur Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus in Berlin-Plötzensse.

In einer Kurzen Gedenkfeier an dieser Stelle, an der so viele Widerstandkämpfer hingerichtet wurden, gelobten die Genossen, den Kampf weiterzuführen: Für die proletarische Revolution, für ein unabhängiges, vereinigtes, sozialistisches Deutschland.



Ernst Thälmann, der ging uns voran

**Ernst Thälmann, der ging uns voran,
die Faust geballt zum Schlagen.
Kolonnen wuchsen Mann an Mann,
den Kampf voranzutragen.
Er ging voran, wo die Fahne braust.
Für den Kameraden Thälmann,
HOCH DIE FAUST!**

**Er fiel den Schindern in die Hand,
sie kauften falsche Zeugen.
Er hält der Qual und Folter stand,
sie konnten ihn nicht beugen.
Trotz Mord und Tod, der im Kerker haust:
Für den Kameraden Thälmann,
HOCH DIE FAUST!**

**Es schallt Alarm: Das Mordgericht
will ihm den Kopf abschlagen.
Doch wenn die Welt zum Sturm aufbricht,
dann werden sie's nicht wagen!
Reißt weg das Beil, das schon niedersaust!
Für den Kameraden Thälmann,
HOCH DIE FAUST!**

**Dimitroff haben wir befreit,
weil wir die Welt entflammten.
Drum wieder in die Ohren schreit,
den Henkern, den verdammten:
Die Welt ist wach, die Empörung braust!
Für den Kameraden Thälmann,
HOCH DIE FAUST!**

Es lebe der Befreiungskampf des chilenischen Volkes!

Nieder mit dem US-Imperialismus und der faschistischen Junta!

BERICHTE VON VERANSTALTUNGEN UND KUNDGEBUNGEN DER KPD/ML

Dortmund. Wir hatten einen Trupp gebildet und zogen trotz Demonstrationsverbot mit unseren Transparenten, das Thälmann-Lied singend, von der Reinoldi-Kirche (genehmigter Kundgebungsplatz) die Fußgängerstraße hinauf, um dort die Kundgebung fortzusetzen. Plötzlich stellte sich ein Pommes frites essender Ziviler in den Weg und forderte uns auf, zurückzugehen. Er drohte mit Polizeieinsatz und zog seinen Ausweis aus der Tasche. **Als einer unserer Genossen den Ausweis genauer sehen wollte, schlug ihn ein zweiter Ziviler mit der Faust ins Gesicht. Unter der aufgeschlagenen Jacke trug der erste offen eine Pistole.** Beide wurden abgedrängt und trauten sich außer Drohungen keine weiteren Provokationen. Nach der Entlarvung der Spitzel begannen wir gleich die Kundgebung, weil sich viele Passanten angesammelt hatten.



Die zwei Spitzel in Dortmund
Die Pistole immer bereit (siehe Kreis)

Unser Redner beschrieb, wie in Chile die Arbeiterklasse und das Volk mit dem Gewehr in der Hand mutig den Kampf gegen die vom US-Imperialismus unterstützten Faschisten führt. Das Volk wird es nicht zulassen, daß sein Heimatland wieder zu einer Kolonie des US-Imperialismus gemacht wird. **Besonders hob der Redner hervor, daß es eine Illusion ist, zu glauben, die reaktionären Kräfte und die Imperialisten würden freiwillig durch Wahlen abtreten, wie es die D'K'P-Revisionisten behaupten.** In Chile bewahrheitet sich, daß das Volk die revisionistische Lüge vom 'friedlichen' Weg zum Sozialismus mit seinem Blut bezahlen muß.

Lübeck. Für den 17.9. hatten D'K'P und KB (Kommunistischer Bund) eine Demonstration mit Kundgebung aus Anlaß des Militärputsches in Chile angekündigt. Wir beschlossen, am Markt, wo die Demonstration beginnen sollte, eine Kundgebung abzuhalten. In der Früh propagierten wir die Kundgebung mit Schrifttafeln und durch Ausrufen und Verteilen von Flugblättern vor den Betrieben.

Um 16 Uhr marschierten wir mit der Parteifahne zum Markt. **Einige D'K'P-isten versuchten, unseren Verteilerinnen die Flugblätter aus der Hand zu reißen, aber einige Kollegen baten demonstrativ um unsere Flugblätter und die D'K'P-isten mußten abziehen.** Dann marschierte die Demonstration der D'K'P ab, der KB hinterdrein, aber nur wenige Passanten gingen mit. Die meisten blieben am Marktplatz und diskutierten mit uns über die Ereignisse in Chile.

Darauf hielt ein Genosse mit lauter Stimme unsere Rede. Wir hatten kein Megafon dabei, aber das war nicht so schlimm. **Die Umstehenden hörten aufmerksam zu und forderten Ruhe, wenn jemand störte. In der Rede und in den folgenden Diskussionen propagierten wir am Beispiel Chiles die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes auch bei uns in der Bundesrepublik.**

Als die D'K'P-Demonstration auf den Markt zurückkehrte und ihre Kundgebung abhielt, hörte ihr kaum jemand zu. Die meisten blieben bei unseren Diskussionsgruppen.

Zu dem Treff, den wir für den gleichen Tag abends vorschlugen, kamen sieben neue interessierte Kollegen.

D'K'P-Parteibuch bewirkt Freispruch

Einem Marxisten-Leninisten nach dem anderen und verschiedenen Dortmunder Bürgern flattern seit einigen Wochen Strafbefehle ins Haus: wegen Teilnahme an der Demonstration gegen den Breshnew-Besuch in Bonn.

So soll zum Beispiel Gen. Heinz A. 360 DM bezahlen, weil er bei seiner Verhaftung Widerstand geleistet hat und einem jungen Mann zu Hilfe eilte, der von der Polizei verhaftet werden sollte. Dazu natürlich die Anklage wegen Beteiligung an einem 'verbotenen Aufzug'.

Dieser Genosse wird wie alle anderen auch eine Aufhebung des Strafbefehls nur durch entschlossenen Kampf gegen die Klassenjustiz erreichen können.

Anders bei Alfred Reinold G. aus Dortmund. Auch er wurde bei der Demonstration festgenommen. Saß wie Heinz eine Nacht im Sonnenbunker. Erhielt wie er einen Strafbefehl (über 250 DM). Aber sein Strafbefehl wurde jetzt vom Gericht aufgehoben.

Einsicht der Klassenjustiz? Ja, denn was die Polizisten bei der Festnahme nicht ahnen konnten: Alfred kann ein Parteibuch der D'K'P vorweisen und noch dazu eine 'Vertrauensstellung'. Er ist Mitglied des Bezirksvorstands der D'K'P. Kommentar der 'Ruhrnachrichten': "Polizei griff im Eifer den Falschen."

Berufsverbot - Knebel für das Volk!

Die Kapitalisten, die D'K'P und die bürgerliche Presse haben den "Fall Götz" zu einem ungeheuren Propagandaluftballon hochgespielt. Willi Brandt persönlich erklärte, die SPD wünsche keine kommunistischen Richter. Götz wurde mehrmals eingestellt und wieder hinausgeworfen. In der letzten Woche hat die Klassenjustiz endgültig entschieden: Volker Götz, Mitglied der D'K'P, darf nicht Richter werden.

Ist Götz Kommunist? Nein! Immer wieder hat er während der D'K'P-Kampagne zu seiner Entlassung den Marxismus-Leninismus verraten, hat er betont, wie fest er auf dem "Boden des Grundgesetzes" dieses imperialistischen Staates steht. Er hat offen zugegeben, daß er als Richter getreulich als Werkzeug der Kapitalistenklasse arbeiten will wie jeder andere Richter auch. Im Staatsschutzverfahren gegen seine eigenen "Genossen", so sagte er, wollte er sich für befangen erklären – ein schöner "Kommunist", der fürchtet, für seine Genossen klar Stellung zu beziehen, weil er ja leider aufseiten der Staatsmacht steht. Und als die D'K'P-Zeitung UZ ein Interview verdruckte und ihm die Worte in den Mund legte: "Die Grundrechte des Grundgesetzes müssen bei der Auslegung und Anwendung der Gesetze ebenso ein entscheidender Maßstab sein wie die sozialistischen Grundsätze", da ließ er eiligst verbessern: "...wie die sozialstaatlichen Grundsätze". Was heißt das anderes als: sozialistische Grundsätze mit den Grundsätzen dieses Ausbeuterstaates gleichzusetzen.

Götz ist ein Revisionist durch und durch. Die D'K'P-Führer haben versucht, mit seinem Fall den Widerstand des Volkes gegen das Berufsverbot vor ihren eigenen Karren zu spannen. Sie wollten uns einreden, dieses Berufsverbot gegen Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen richte sich in der Hauptsache gegen sie. Sie wollten "Verfolgte" spielen, um darüber hinwegzutäuschen, daß sie von den westdeutschen Kapitalisten nicht nur geduldet, sondern gebraucht werden, ‚daß die Zulassung der D'K'P 1969 nichts anderes war als ein Kuhhandel zwischen dem Kapital und dem modernen Revisionismus. Mit großem Geschrei über ihre eigene "Verfolgung" wollen sie vertuschen, daß sie es sind, die wirkliche Kommunisten immer wieder denunzieren, daß sie es sind, die ihre Schlägerbanden gegen Kommunisten hetzen – wie etwa in Stukenbrok – daß sie maßgeblich beteiligt waren am Beschluß der DGB-Führung, daß "Maoisten" aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden.

Lassen wir uns nicht täuschen! Das reaktionäre Berufsverbot im öffentlichen Dienst richtet sich nicht gegen die D'K'P, es besteht seit Jahren und wird seit Jahren angewandt. Es richtet sich gegen das Volk. Dem deutschen Volk sollen systematisch fortschrittliche und kommunistische Lehrer, Richter, Professoren entzogen werden. Gerade der Beamtenapparat, auf den sich die Kapitalistenherrschaft maßgeblich stützt, will die Bourgeoisie blitzsauber halten.



Solidarität

Kollegen und Genossen auf dem Arbeitertreff am Freitag, 7.9.73, im Lokal "Zum Gude Drobbe" in Mannheim-Neckarstadt.

Sofortige Einbürgerung des Genossen Haschemi!

Genosse,

Die heute beim Arbeitertreff in Mannheim anwesenden Kollegen und Genossen senden Dir ihre proletarischen Kampfesgrüße. Wie viele Genossen wirst Du von der Klassenjustiz verfolgt, weil Du am Roten Antikriegstag vor einem Jahr für den Frieden demonstriert hast.

Deswegen sollst Du jetzt nach Persien abgeschoben werden, unter dem Vorwand, Ausländer zu sein, obwohl Du in Wirklichkeit seit der Geburt in Deutschland lebst und selbstverständlich Deutscher bist. In Persien erwartet Dich, wie der ROTE MORGEN am 4. August schrieb, der Tod oder jahrelange Haft. So arbeitet die deutsche Klassenjustiz eng mit den persischen Henkern zusammen, um durch diese ihre Terrorurteile vollstrecken zu lassen.

Unter dem Druck der proletarischen Solidarität mußten die Büttel der Bourgeoisie Deine Aufenthaltsgenehmigung um 3 Monate verlängern. Am Ende droht Dir wieder die Auslieferung an das blutgierige faschistische Schah-Regime.

Wir werden das nicht zulassen!
Wir fordern Deine sofortige Einbürgerung!
Schaffen wir eine breite Front der Solidarität gegen den Terror der Klassenjustiz!

Rot Front!
Die anwesenden Kollegen und Genossen

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★

Liebe Genossen,

Da ich einige Unklarheiten über die Außenpolitik der VR China hatte, z.B. Stellung zur EWG, Anerkennung des Franco-Regimes, "Unterstützung" kleinerer imperialistischer Länder gegen die Supermächte etc., wandte ich mich damit an die PEKING RUNDSCHAU. Daher erhielt ich nun Antwort und weil ich meine, daß auch bei anderen Genossen ähnliche Unklarheiten bestehen, gebe ich die Antwort aus Peking an Euch weiter. Die Chinesen schreiben u.a.:

"...In Ihrem Brief haben Sie internationale Fragen und die Beziehungen zwischen China und anderen Ländern erwähnt. In dieser Hinsicht möchten wir Ihnen folgende Materialien empfehlen: Die beiden Schriften von Vorsitzendem Mao im Oktober 1945 und im April 1946 **"Über die Verhandlungen in Tschunking"** und **"Einige Erwägungen zur gegenwärtigen internationale Lage"** (Ausgewählte Werke Bd.IV) sowie zwei **Reden von Genossen Tjiao Guan-hua auf den Plenartagungen der 26. und 27. UNO-Vollversammlung** (PR 47/1971 und PR 41/1972). Wir hoffen, daß diese Ihnen von Nutzen sein würden.

Mit freundlichen Grüßen
Peking Rundschau
Dschou Bao-li."

Ich bitte Euch, diese Empfehlung weiterzugeben an Genossen, die Unklarheiten bzgl. der Außenpolitik Chinas haben

Berichtigung und Mitteilung der Redaktion

Im ROTEN MORGEN Nr. 37 sind durch Satzfehler und mangelhafte Information Sinnentstellungen im Text verursacht worden, die wir hiermit korrigieren:

Im Artikel "Angriff des US-Imperialismus auf die Völker Lateinamerikas", Seite 4, Spalte 3, dritte und zweite Zeile von unten muß es heißen "nationale Reaktion" statt "nationale Bourgeoisie".

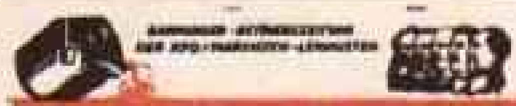
Im Artikel "Tod durch Drill", Seite 8, Spalte 1, dritte Zeile von oben muß es heißen "Münsterlager" statt "Münster".

Im Artikel "Jugend kämpft gegen Imperialismus", Seite 8, Spalte 3, dritte Zeile von unten muß es heißen "auch die Münsterstraße" statt "auch in Münster Straßen".

Im Roten Morgen Nr. wurde aufgerufen, für den türkischen Kollegen Ismet Tumali zu spenden. Wir danken unseren Lesern für ihre bisherige Unterstützung. Inzwischen ist Ismet Tuamli in die Türkei abgereist, weitere Spenden sind also nicht notwendig.

PARTEIVERANSTALTUNG IN BREMEN-WALLE

Am 6.10. findet in Bremen-Walle eine Veranstaltung der KPD/ML statt. Auf dieser Veranstaltung wird unsere Partei über den Aufbau des Sozialismus in Albanien berichten. Es wird besonders auf die Bedeutung der Volksmassen und der Partei der Arbeit Albaniens eingegangen. Alle Freunde und Genossen sind herzlich eingeladen.
6.10.73, Bremen-Walle, in der Gaststätte 'Kegler Heim', Auguststr./Holtenaustr., 19 Uhr.



ROT-GUSS

Giessen: Bürgerkriegsmanöver

Anfang September, kurz nach dem 3-tägigen Streik bei BUDERUS-Lollar, verkündeten große Schlagzeilen aus den Gießener Tageszeitungen: "Kriminalistisches Meisterstück der Polizei" "Schwerer Schlag gegen den Drogenmißbrauch".



Die Überraschung ist perfekt: In Minutenschnelle haben die Beamten das Gelände abgeriegelt. Ein Entkommen für die Hascher, Fixer oder Dealer gibt es nicht mehr.

In einer bis jetzt noch nie dagewesenen Zusammenarbeit zwischen verschiedenen staatlichen Stellen ließ die Polizei ein "Unternehmen Güterzug" abrollen.

Die Bundesbahn hatte einen Zug nebst Lok zur Verfügung gestellt, in dem insgesamt 200 Mann Kriminal- und Bereitschaftspolizei, amerikanische MP und andere "Ordnungshüter" verstaut wurden. Diese rollten so unbemerkt in die Nähe eines Treffpunkts von Rauschmittelabhängigen und überfielen blitzartig etwa 16o Jugendliche. Die benachbarten Straßenzüge waren durch Polizei abgeriegelt – alle, die in der Nähe angetroffen wurden mit auf die Wache genommen (fast 2oo Personen).

"Gut", wird vielleicht mancher sagen, "endlich ein Schritt gegen das Rauschmittel-Unwesen." Weit gefehlt!

Der Polizeiführung mußte es von vornherein klar sein, daß sie mit dieser Aktion keinen der verbrecherischen Großhändler unschädlich machen würde. Die wohnen in feinen Villen, fahren dicke Wagen und verkehren in den "besten" Kapitalistenkreisen.

Aber hier ging es der Polizei um etwas anderes: Einen schnellen, überraschenden Einsatz kombinierter Unterdrückungskräfte zu üben. Daß der Staat seinen bedrängten kapitalistischen Hintermännern immer mehr mit dem Polizeiknüppel zu Hilfe eilen muß, das haben die Ereignisse der letzten Wochen gezeigt: Sehen wir uns die Fabriken unserer Gegend an: Bänninger, Heyco, Buderus in Loller und in Wetzlar – überall laufen Gleisanschlüsse direkt neben den Werken!

In Lollar war der Streik gerade erst mal abgebröckelt – in Köln hatte die Polizei den FORD-Streik am Vortag zerschlagen: DER GIESSENER POLIZEIÜBERFALL WAR EINE DIREKTE VORBEREITUNG AUF DIE NÄCHSTE STREIKWELLE!

Wir müssen aus dieser Entwicklung lernen. Auch mit diesen faschistischen Methoden der Kapitalisten und ihres Staates kann die nächste Streikwelle gegen die Inflation nicht verhindert werden. Wenn sich die Arbeiterklasse nicht wehrt, wird die Ausplünderung weiter verschärft. Aber für die unvermeidlichen nächsten Streikkämpfe müssen wir das beherzigen, was im Extrablatt des ROTEN MORGEN zum Schluß betont wird:

Die Kommunistische Partei aber, die KPD/ML, ruft die Kollegen auf, gerade auch den Kampf gegen die Staatsmacht zu führen. Es muß aus den bisherigen Kämpfen die Lehre gezogen werden. Bei den Einsätzen in Lippstadt, Neuss, bei Ford und Valvo hatte die Polizei immer die gleiche Aufgabe: Vor allem die selbstbestimmten Streikleitungen aus dem Wege zu schaffen, um so den Streiks die Führung zu nehmen. Ein Streik ohne Führung kann aber leicht zersetzt werden. Das hat sich bei Opel gezeigt, wo ohne eigene Streikleitung gestreikt wurde und das hat sich auch in Köln bei Ford erwiesen, nachdem die Streikleitung verhaftet worden war.

Bei den weiteren Streiks heißt das: Wir müssen uns von vornherein auf Polizeiüberfälle vorbereiten, damit die einheitliche Führung der Streikfront gewährleistet ist.

TROTZ POLIZEIKNÜPPEL:
BRECHT DEN TARIFFRIEDEN!
JETZT ERST RECHT!

Klassenkampf des Proletariats gegen die Verräter der Arbeitermacht

Am 19.9.73 sendete das ZDF das Schauspiel "Schneesturm" von Leonid Leonow*. Zu diesem Stück schreibt die Fernsehzeitschrift 'Gong' als Kommentar: "...Und so wird auf dem Umweg über Haltungen und Reaktionen spürbar, was doch mit keinem Wort direkt ausgesprochen wird: Die Allgegenwart des stalinistischen Terrors jener Jahre."

Worum geht es im Stück? Stefan Syrowarow, Betriebsdirektor, ist ein typischer Karrierist, Schmarotzer an der Sowjetmacht: Ganz zu Beginn seiner Karriere verschweigt er, daß sein Bruder auf Seiten der Weißgardisten gegen die Revolution gekämpft hat. Später ist er als Einkäufer offiziell in Paris, wobei er durch Manipulationen Geld für sich herausschlägt und dieses bei seinem Bruder hinterlegt. Plötzlich kommt ihm die Arbeiter- und Bauernmacht auf die Schliche: Zunächst wird ein Betriebskontrolleur geschickt, der die undurchsichtigen Geschäfte jener Reise nach Paris nachprüfen soll. Syrowarow bekommt Angst, sieht überall den sowjetischen Geheimdienst hinter unbeleuchteten Fenstern lauern, hört mit Freude und – wenn es ein Mitwisser war – mit Entsetzen, wenn wieder einer verhaftet worden ist. Einer, der Waren gehortet hat, usw., einer, der die Sowjetmacht sabotieren wollte.

Hier wird es deutlich: Der "Stalinistische Terror" ist nichts anderes als die Gewalt der Arbeiter- und Bauernmacht gegen die jenigen, die sich den Interessen der Arbeiter und Bauern entgegenstellen, nichts anderes als die Diktatur des Proletariats gegen die Volksfeinde.

*Leonid Leonow war Klassiker der Sowjetliteratur, Träger des Lenin- und des Stalinpreises, Deputierter des Obersten Sowjet. "Schneesturm" wurde gleich nach der Uraufführung 1941 verboten, warum, schreibt der 'Gong' natürlich nicht.

ES LEBE DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS!
ES LEBE STALIN, DER GROSSE FÜHRER DES SOWJETISCHEN VOLKES!

Schnell unter den Helm geschoben...

In Unna hatte die Rote Garde zum Roten Antikriegstag 73 mit einer Gruppe des VK und einer weiteren fortschrittlichen Gruppe ein Bündnis geschlossen unter der Losung: "Krieg dem imperialistischen Krieg."

Als das gemeinsame Flugblatt verteilt wurde, rückte gerade eine Kompanie in drei Zügen aus. Einige Soldaten humpelten und zwei mußten mit den Stiefeln in der Hand zurückgeschickt werden, weil sie bereits solche Blasen hatten, daß sie kaum noch ihre Schuhe anbekamen.

Der erneute Gepäckmarsch war nichts als reine Schikane! Als viele Kameraden das Flugblatt von uns nahmen, brüllte der Spieß: "Pfoten weg!" und zu den Genossen, sie sollten den Mund halten. 100 m weiter ließ er alle Soldaten zum Appell antreten, um die Flugblätter wieder einzusammeln. **Er wird nur wenige bekommen haben, denn eine ganze Reihe Soldaten ließ sie unter den Helmen verschwinden.**

Aus aller Welt

Nach Meldungen der Zeitschrift "Stern" haben die Vereinigten Staaten während des Indochina-Krieges nicht nur geheime Militäroperationen in Laos und Kambodscha, sondern auch in der Volksrepublik China durchgeführt. Von einer Insel vor der südvietnamesischen Hafenstadt Da Nang dirigierten amerikanische Froschmänner Trupps der Tschiang Kai Chek-Clique auf Flößen zum chinesischen Festland. Die US-Agenten starteten dort antikommunistische Hetzkampagnen.

LEHRERSTREIK IN USA

Nach Meldungen von Radio Peking vom 20.9.73 traten nach den Ferien in den USA rund 25000 Lehrer in den Streik.

STREIK IN SEVILLA:

Rund 60 streikende Arbeiter der Öffentlichen Transportgesell - schaft von Sevilla in Spanien verschanzten sich mehrere Tage lang im Saal des erzbischöflichen Palastes. Sie forderten höheren Lohn und die Zusicherung, daß gegen die Streikenden keine Repressalien angewandt werden.

FREIHEITSKÄMPFER HINGESCHLACHTET!

Mitte September wurden in Rhodesien zwei Arbeiter hingerichtet, die am Kampf gegen das faschistische Regime teilgenommen hatten.

Für den Boss wird es ein harter Schlag sein...
INDUSTRIE
"Dieses Kommunistenblatt verhetzt meine Arbeiter!"

...Du aber brauchst diesen Schein !
Und stärkst in Deinem Interesse Deiner Klasse Presse !

Bombenalarm in Milbertshofen

Am Montag früh um 10 Uhr, zwei Tage nach dem Roten Antikriegstag wurde auf einer Baustelle in Milbertshofen eine 10 Zentner schwere Bombe aus dem 2. Weltkrieg gefunden.

Männer, Frauen und Kinder wurden aus ihren Häusern und Wohnungen evakuiert und mußten in die Keller gehen. Diesmal nur für 20 Minuten. Aber fast Vergessenes wurde wieder wach. Die ständige Angst vor den Nächten. Sirenengeheul. Schreiende Kinder. Die Enge der Luftschutzkeller. Dröhnende Bomber über der Stadt, über den Häusern der eigenen Straße. Menschen, der Vater, die Mutter, die Kinder, unter den Trümmern begraben.

Die Bombe wurde 100 Meter neben der BMW gefunden. Die Lackiererei und der Rohbau lagen im unmittelbaren Gefahrenbereich. Der Sicherheitsbeauftrage Lippl von BMW tönte großkotzig: "Wir räumen sofort die bedrohte Werkshalle und schicken die Arbeiter weg."

In Wirklichkeit wurde nur die Lackierei geräumt. Der Rohbau arbeitete voll weiter. Die einzige Sicherheitsmaßnahme im Rohbau war, daß die Türen geschlossen wurden.

Wäre die Bombe beim Entschärfen explodiert – aus der grausigen Erinnerung wäre Wirklichkeit geworden: Trümmer, Verletzte und Tote. Aber den Herren von Kühnheim und dem "Sicherheitsbeauftragten" Lippl ist der Profit wichtiger als die Sicherheit und das Leben der Arbeiter.

Eine der Parolen am Roten Antikriegstag in München hieß: Für den Profit der Reichen gab es Millionen Leichen! Diese Parole hat gestimmt und stimmt heute noch. Das hat der Montag in der BMW gezeigt.